

# **Ein neuer Krieg?**

## **Versuch einer Ursachenforschung**

### **Inhaltsverzeichnis**

Was ist geschehen? .....	S. 2
Historischer Hintergrund .....	S. 3
Die Folgen der Expansion und die UN .....	S. 5
Die jüngere Vergangenheit .....	S. 8
Fatah, Hamas und Islamischer Dschihad in Palästina.....	S. 13
Versuch eines Ausblicks .....	S. 17
Zwei Interviews mit kritischen jüdischen Menschen .....	S. 19
Einschätzung und Appell .....	S. 24
Schlussbemerkung .....	S. 26

## Was ist geschehen?

Am Morgen des 7. Oktober 2023 beginnt die den Gaza-Streifen seit Jahren politisch beherrschende Hamas-Bewegung, sowohl in Israel als auch in der Europäischen Union, den USA und weiten Teilen der Welt als „Terrororganisation“ eingestuft, einen groß angelegten Angriff auf Israel. Dieser ist nicht bloß ein militärischer Akt; vielmehr werden entsetzliche Gräueltaten verübt, von Verschleppungen von Soldaten und Zivilisten in den Gazastreifen bis hin zu regelrechten Massakern auch an der Zivilbevölkerung. Bei einem Angriff auf ein gerade laufendes Musikfestival werden allein über 260 Menschen getötet, in ganz Israel kamen 1.200 Menschen<sup>1</sup> – darunter Frauen, Alte und Kinder – nicht einfach nur ums Leben, sie wurden in vielen Fällen von den Hamas-„Kämpfern“ auf brutalste Weise regelrecht „abgeschlachtet“. Tausende von Raketen wurden – und werden auch acht Wochen später immer noch – aus dem Gazastreifen auf Israel abgefeuert, und als Reaktion auf diesen Angriff hat Israel das Gebiet komplett zunächst von jeglicher Versorgung abgeschnitten, bombardiert es seither (mit Ausnahme einer inzwischen zu Ende gegangenen einwöchigen Feuerpause) täglich und ist inzwischen dort auch mit Bodentruppen militärisch aktiv.

Meinen weiteren Ausführungen muss ich eine **Vorbemerkung** vorausschicken:

Deutschland hat gegenüber den Menschen jüdischen Glaubens schwere, niemals wiedergutzumachende Schuld auf sich geladen. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten Anfang 1933 wurden Menschen jüdischen Glaubens zunächst diffamiert, dann an den Rand gedrängt, später entrechtet, und letztlich wurden (mehr als?) sechs Millionen von ihnen im Rahmen des so genannten Holocaust ermordet. Diese unbestreitbare historische Tatsache ist für den Nachfolgestaat des seinerzeitigen Deutschen Reiches (in diesem Zusammenhang auch als „Drittes Reich“ bezeichnet), die Bundesrepublik Deutschland, Verpflichtung und Belastung zugleich: *Verpflichtung*, weil diese beschriebene Schuld (ungeachtet der Tatsache, dass die Schaffung eines „jüdischen Staates“ bereits lange vor dem Holocaust ins Auge gefasst und mit verschiedenen Gedankenspielen vorangetrieben worden war) in nicht unbeträchtlichem Maße dazu beigetragen haben dürfte, dass der Staat Israel in der Form entstand, in der er letztlich entstand, wodurch der Schutz eben dieses Staates vor Angriffen oder gar Vernichtung zu den Grundüberzeugungen dieser Republik gehört. *Belastung*, weil es angesichts dieser historischen Schuld und der soeben beschriebenen Verpflichtung (die oft auch als zur „Staatsräson“ der Bundesrepublik Deutschland gehörig beschrieben wird) ungeheuer schwierig ist, in diesem Land Kri-

---

<sup>1</sup> Die ursprünglich angegebene Zahl von 1.400 getöteten Israelis wurde von den israelischen Behörden am 11.11.2023 auf 1.200 korrigiert; Analysen hätten ergeben, dass auch bei den Kämpfen des 7. Oktober 2023 getötete Hamas-Leute mitgezählt worden seien.

tik an der Regierung Israels und deren Politik zu üben, ohne sofort des Antisemitismus verdächtigt und zu den Feinden Israels gezählt zu werden.

Daher lege ich Wert auf folgende Feststellung: *Die im Nationalsozialismus begangenen Gräueltaten an jüdischen Menschen werden von mir in keiner Weise in Abrede gestellt. Diese Taten sind unvorstellbar, gleichwohl sind sie geschehen und erfüllen mich mit Unverständnis und tiefstem Abscheu. Zwar kann ich aufgrund der in meinem Leben gewonnenen Überzeugungen mit jeglicher Religion wenig bis nichts anfangen; Anhänger jedweder Religion sind aber zunächst einmal Menschen, und Menschen ausschließlich wegen ihres Glaubens zu benachteiligen, zu diskriminieren oder gar zu verfolgen widerspricht meinen tiefsten Überzeugungen.*

Dies kann jedoch andererseits nicht bedeuten, dass ich mich nicht kritisch mit Verhaltensweisen von Menschen auseinandersetze; auch dann nicht, wenn sie – aus ihrer Sicht zum Schutze ihrer Religion – Handlungen begehen, die andere Menschen in aus meiner Sicht unangemessener Weise benachteiligen und die ich deshalb für Unrecht halte.

## Historischer Hintergrund

Ein neuer Krieg? Nein: ein sehr alter, seit der Gründung des (modernen) Staates Israel am 14. Mai 1948 andauernder Krieg. Er beruht auf einer recht schlichten Tatsache: Dieser Staat wurde auf einem Gebiet angesiedelt, auf dem bis vor knapp 2.000 Jahren einmal überwiegend Menschen jüdischen Glaubens lebten und auf dem vor dessen Besetzung durch Truppen des Römischen Reiches auch ein Staat Israel existiert hatte, der im Laufe der Geschichte mehrfach gegründet und von fremden Mächten wieder ausgelöscht worden war. Dessen jüdische Bevölkerung begann sich nach der Niederschlagung des letzten Aufstands gegen die römischen Besatzer (135 n. Chr.) durch allmähliche Auswanderung mehr und mehr in Europa zu verteilen, was sich nach der Eroberung des Gebietes im Zuge der Ausbreitung des Islam ab 636 n. Chr. noch weiter verstärkte. Seither wurde das Gebiet von einer überwiegend arabisch-stämmigen Bevölkerung bewohnt.

Juden waren im christlich geprägten Europa bereits seit dem Mittelalter immer wieder Verdächtigungen und Verfolgungen ausgesetzt, während sie in islamisch geprägten Gebieten (auch in Europa, z.B. im von Muslimen teil- und zeitweise eroberten Spanien) eher toleriert wurden. Maßgeblich für die Haltung der Christen dürfte u.a. die Sichtweise gewesen sein, dass „die Juden“ für den Tod ihres Religionsgründers Jesus verantwortlich gewesen seien. Auffällig ist, dass die ausgesprochenen Verdächtigungen häufig abstrusester Art waren. So wurden jüdische Mitbürger immer wieder Brunnenvergiftungen und ungeklärter Kindermorde (bis hin zum Genuss des Blutes

oder sogar Fleisches ermordeter Kinder) bezichtigt und mit Pestausbrüchen in Verbindung gebracht. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand ob eines erneuten Aufflammens der Judenfeindlichkeit in ganz Europa in Deutschland und England die Idee des (christlichen) Zionismus<sup>2</sup>, der die Neuschaffung eines jüdischen Staates zum Ziel hatte. In dem Werk des israelischen Autors Shlomo Sand „Die Erfindung des Landes Israel“<sup>3</sup> sind nicht nur die Irrungen und Wirrungen beschrieben, die auf dieser Grundlage schließlich zur Errichtung eines jüdischen Staates im Nahen Osten führten (zu den Überlegungen hatte etwa auch gehört, ihn in Afrika auf dem Gebiet des heutigen Uganda anzusiedeln); es wird auch geschildert welche Vorstellungen<sup>4</sup> schließlich dazu führten, dass sich der im Jahr 2023 auf den Landkarten verzeichnete Staat Israel weit über die Grenzen hinaus erstreckt, die ihm bei seiner Gründung von den Vereinten Nationen zugewiesen wurden<sup>5</sup> (und noch immer zur Folge haben, dass die Zahl der jüdischen Siedlungen im besetzten Westjordanland mit nicht nur Billigung, sondern durchaus tatkräftiger Unterstützung und Förderung der israelischen Regierung immer weiter erhöht und diese immer weiter ausgebaut werden).

Das bedeutet: Der Staat Israel wurde auf einem Territorium neu gegründet, auf dem sich seit mindestens 1.300 Jahren Menschen angesiedelt hatten, die mit der einstigen, dem jüdischen Glauben verhafteten Bevölkerung kaum noch etwas bis nichts mehr gemein haben. Damit nicht genug: Die Idee des Staates Israel, gründend auf dem Konzept des (christlichen) Zionismus, besteht wesentlich darin, Menschen jüdischen Glaubens, die im Laufe der Jahrhunderte buchstäblich in alle Welt verstreut worden waren, eine neue gemeinsame Heimat zu geben. Folglich strömten infolge (aber aufgrund ihrer entsprechenden Erwartung auch schon vor) der Gründung dieses Staates hunderttausende, letztlich Millionen von Menschen in ein Gebiet, das bereits (und das eben seit Jahrhunderten) von anderen Menschen bewohnt war.

Dass eine solche Gemengelage zu Konflikten führen muss, dürfte wohl den meisten Menschen unmittelbar einleuchten. Und diese Konflikte traten denn auch tatsächlich ein. Dabei gingen die Neuankömmlinge nicht gerade zimperlich vor: aus vielen Dörfern wurden die bisherigen Bewohner vertrieben, manche wurden sogar getötet, ihre Häuser wurden übernommen oder zerstört, um neue zu errichten, andere Bewohner

---

<sup>2</sup> Nähere Erläuterungen s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Christlicher\\_Zionismus](https://de.wikipedia.org/wiki/Christlicher_Zionismus)

<sup>3</sup> Propyläen Berlin 2012. ISBN 978-3-8437-0342-0

<sup>4</sup> s. hierzu auch

[https://de.wikipedia.org/wiki/Gro%C3%9Fisrael#Entwicklung\\_vor\\_und\\_nach\\_der\\_Gr%C3%BCndung\\_des\\_Staates\\_Israel](https://de.wikipedia.org/wiki/Gro%C3%9Fisrael#Entwicklung_vor_und_nach_der_Gr%C3%BCndung_des_Staates_Israel)

<sup>5</sup> Eine Grafik, die das ursprünglich für den Staat Israel vorgesehene Gebiet entsprechend dem von der UN-Vollversammlung am 29. November 1947 beschlossenen Teilungsplan zeigt, sowie dessen Beschreibung finden Sie auf [https://de.wikipedia.org/wiki/UN-Teilungsplan\\_f%C3%BCr\\_Pal%C3%A4stina#Staatsgebiete\\_und\\_Bev%C3%B6lkerung](https://de.wikipedia.org/wiki/UN-Teilungsplan_f%C3%BCr_Pal%C3%A4stina#Staatsgebiete_und_Bev%C3%B6lkerung) .

wurden von ihrem Land vertrieben, damit die Neuankömmlinge ihren religiösen Gebräuchen entsprechend Kibbuzim aufbauen konnten, und mussten fortan (und manche ihrer Nachkommen bis heute) in Lagern leben. Viele dieser Menschen überwiegend muslimischen Glaubens mochten sich hiermit nicht abfinden, die umliegenden, ebenfalls von Muslimen bewohnten und regierten Staaten fühlten die Verpflichtung, die Sache ihrer Glaubensbrüder und -schwestern zu der ihrigen zu machen, und so ist der Staat Israel seit seiner Gründung nahezu permanent Aufständen der in seinen Grenzen lebenden ursprünglichen Bewohner des Gebietes und/oder Kriegen mit seinen Nachbarn ausgesetzt.

## Die Folgen der Expansion und die UN

Durch diese Kriege dehnte Israel das von ihm kontrollierte Territorium immer weiter über die ihm ursprünglich zugewiesenen Gebiete aus.<sup>6</sup> In der Folge wurden (und werden immer noch) im besetzten Westjordanland<sup>7</sup> eine Vielzahl jüdischer Siedlungen errichtet und immer weiter ausgebaut. Bereits im November 1967 hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN-Sicherheitsrat) in seiner Resolution 242 eine Friedenslösung für die von Israel im „Sechs-Tage-Krieg“ eroberten Gebiete angemahnt<sup>8</sup>. Ab 1993 gab es – zunächst angestoßen durch von Norwegen angestoßene, in Oslo stattgefundene Geheimverhandlungen – verstärkte Bemühungen, im Rahmen einer so genannten „Zwei-Staaten-Lösung“ letztlich zu der von dieser Resolution geforderten Friedenslösung zu kommen. Nach anfänglichen Verhandlungserfolgen wurden diese Bemühungen jedoch nach der Ermordung des seinerzeitigen israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin<sup>9</sup> und insbesondere mit dem Beginn der ersten Amtszeit des auch aktuell regierenden israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu<sup>10</sup> (ab Mai 1996) immer stärker torpediert<sup>11</sup> und schließlich ab

---

<sup>6</sup> Eine Auflistung der seit der Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948 (an diesem Tag endete das britische Mandat über das Gebiet Palästina, was den Staatsgründer David Ben-Gurion unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den in Fußnote 4 erwähnten, von der UN-Vollversammlung beschlossenen Teilungsplan zur Ausrufung des Staates Israel veranlasste) stattgefundenen Kriege und eine Kurzbeschreibung von deren Folgen finden Sie auf

[https://de.wikipedia.org/wiki/Israel#1948:\\_Unabh%C3%A4ngigkeitskrieg](https://de.wikipedia.org/wiki/Israel#1948:_Unabh%C3%A4ngigkeitskrieg).

<sup>7</sup> s. hierzu <https://de.wikipedia.org/wiki/Westjordanland>

<sup>8</sup> vgl. hierzu [https://de.wikipedia.org/wiki/Resolution\\_242\\_des\\_UN-Sicherheitsrates](https://de.wikipedia.org/wiki/Resolution_242_des_UN-Sicherheitsrates)

<sup>9</sup> mehr zu dessen Biografie s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Jitzchak\\_Rabin](https://de.wikipedia.org/wiki/Jitzchak_Rabin)

<sup>10</sup> Wichtig im Zusammenhang mit der Person Benjamin Netanjahu sind zwei Fakten: zum einen die Tatsache, dass seine Likud-Partei aus der Cherut-Partei hervorgegangen ist, die bereits 1948 das Gebiet beiderseits des Jordans als „die jüdische Heimstätte“ bezeichnete, die ein „historisches und geographisches Ganzes“ bilde (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Gro%C3%9Fisrael#Entwicklung\\_vor\\_und\\_nach\\_der\\_Gr%C3%BCndung\\_des\\_Staates\\_Israel](https://de.wikipedia.org/wiki/Gro%C3%9Fisrael#Entwicklung_vor_und_nach_der_Gr%C3%BCndung_des_Staates_Israel)), zum anderen die Tatsache, dass sein Bruder Joni als Oberstleutnant der israelischen Armee bei einer vom Geheimdienst Mossad organisierten Geiselnbefreiung auf dem ugandischen Flughafen Entebbe am 4. Juli 1976 ums Leben gekommen war (vgl. hierzu Michael Barr-Zohar und Nissim Mischal, Mossad Missionen des israelischen Geheimdienstes, Quadriga-Verlag Berlin 2015, ISBN 978-3-7352-1379-6, S. 455 f.

2017 durch den Rückzug der USA aus dem Prozess gänzlich zum Erliegen gebracht<sup>12</sup>. Zwar zauberte der für diesen verantwortliche seinerzeitige US-Präsident Donald J. Trump im Jahr 2020 einen neuen Plan für eine Zwei-Staaten-Lösung aus dem Hut; dieser wurde jedoch von palästinensischer Seite umgehend verworfen, so dass man heute sagen kann, dieser einmal recht hoffnungsvoll begonnene Friedensprozess sei zum Erliegen gekommen und könne in absehbarer Zeit wohl auch kaum wiederbelebt werden.

Bereits 1967 – also noch im Jahr des Sechs-Tage-Kriegs – entstand die erste Siedlung im besetzten Westjordanland<sup>13</sup>. Am 22. März 1979 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 446, in der er u.a. feststellte, „dass die Politik und Praxis Israels bei der Gründung von Siedlungen in den Palästinensischen und Arabischen Gebieten, die seit 1967 besetzt waren, keine rechtliche Gültigkeit besitzen und ein ernsthaftes Hindernis begründen, um einen umfassenden, einfachen und dauernden Frieden im Nahen Osten zu erreichen.“<sup>14</sup> Es folgten weitere Resolutionen des UN-Sicherheitsrates: 452 (1979), 465, 476, 478 (alle 1980), 497 (1981) und 495 (1994)<sup>15</sup>. In diesen Resolutionen wird nahezu gebetsmühlenartig auf die vorhergehenden, die Illegalität der Besetzung der im Sechs-Tage-Krieg eroberten Gebiete und des Baus von Siedlungen in diesen sowie deren Schädlichkeit für einen Friedensprozess in der Region betonenden Vorgänger-Resolutionen hingewiesen. Zudem wird immer wieder die Rechtsauffassung des Sicherheitsrats betont, dass in den besetzten Gebieten Teil IV des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 – Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten<sup>16,17</sup> anzuwenden sei. Die Resolutionen 476 und 478 vom 30. Juni bzw. 20. August 1980 haben die Veränderungen zum Gegenstand, die Israel seinerzeit am Status Jerusalems plante bzw. durch entsprechende Gesetzesänderungen zu legalisieren suchte, und erklärte diese sämtlich für „null und nichtig“. In der Resolution 497 wird dieses Urteil auch über die faktische Eingliederung der im Sechs-Tage-Krieg von Syrien eroberten Golan-Höhen gefällt.

---

<sup>11</sup> s. hierzu [https://de.wikipedia.org/wiki/Oslo-Friedensprozess#Stagnation\\_und\\_Wye-Abkommen](https://de.wikipedia.org/wiki/Oslo-Friedensprozess#Stagnation_und_Wye-Abkommen)

<sup>12</sup> vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Zweistaaten%C3%B6sung#Trump-Plan>

<sup>13</sup> vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Israelische\\_Siedlung#Geschichte\\_des\\_Siedlungsbaus](https://de.wikipedia.org/wiki/Israelische_Siedlung#Geschichte_des_Siedlungsbaus)

<sup>14</sup> s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Resolution\\_446\\_des\\_UN-Sicherheitsrates](https://de.wikipedia.org/wiki/Resolution_446_des_UN-Sicherheitsrates)

<sup>15</sup> Der deutsche Text dieser Resolutionen ist in den jeweiligen Jahressbänden „Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats“ nachzulesen, die über [https://www.un.org/Depts/german/de/sr\\_older.html](https://www.un.org/Depts/german/de/sr_older.html) (der deutschsprachige Auftritt der Vereinten Nationen) abgerufen werden können.

<sup>16</sup> den deutschen Text dieses Dokuments finden Sie auf [https://www.un.org/Depts/german/de/sr\\_older.html](https://www.un.org/Depts/german/de/sr_older.html)

<sup>17</sup> Israel hat dieses Abkommen am 6.7.1951 ratifiziert (vgl. Gerd Seidel, Die Palästinafrage und das Völkerrecht, in: Archiv des Völkerrechts, Bd. 44, No. 2 [Juni 2006], S. 133), gehört somit zu den Hohen Vertragsparteien dieses Abkommens und ist daher zur strikten Befolgung und Durchsetzung von dessen Bestimmungen verpflichtet.

Die Resolution 495 befasste sich mit den Auswirkungen eines Massakers, das ein fanatischer Siedler in Hebron verübt hatte. Am 25. Februar 1994 verschaffte sich Baruch Goldstein Zutritt zu einer Moschee, begann auf die betenden Menschen zu schießen. Zehn Minuten später hatte er 29 von ihnen getötet und über 150 weitere verletzt.<sup>18</sup> Erklärtes Ziel dieses Massakers war es, den im Jahr zuvor begonnenen Friedensprozess (s. oben, S. 5) zu stören. Mit der am 18. März 1994 gefassten Resolution verleiht der Sicherheitsrat zunächst seiner Besorgnis über das Geschehen und die mit ihm für den Friedensprozess verbundenen Gefahren Ausdruck, verzeichnet aber auch „mit Genugtuung“ die unternommenen Anstrengungen, diesen fortzusetzen, und ermuntert zu eben dieser Fortsetzung. Er verurteilt das Massaker „entschieden“ und fordert „die Besatzungsmacht Israel“ auf, weiterhin Maßnahmen zu ergreifen und durchzuführen, um „rechtswidrige Gewalthandlungen seitens der israelischen Siedler zu verhindern“<sup>19</sup>. Zudem fordert er Maßnahmen, „um die Sicherheit und den Schutz der palästinensischen Zivilpersonen in dem gesamten besetzten Gebiet zu gewährleisten“, und bringt zu diesem Zweck auch „eine vorübergehende internationale oder ausländische Präsenz“ ins Spiel. Schließlich ersucht er die USA und die Russische Föderation als Schirmherren des Friedensprozesses um die Weiterführung ihrer Bemühungen um denselben und bekräftigt abschließend seine Unterstützung für ihn.<sup>20</sup> (Diese Resolution ist hier deshalb etwas ausführlicher dargestellt, weil in ihr einmal nicht eine Verurteilung Israels oder die Forderung nach der Rücknahme für [völker-]rechtswidrig erachteter Beschlüsse oder Handlungen bzw. dem Rückzug aus besetzten Gebieten enthalten sind.)

Die UN-Generalversammlung 2011 verabschiedete am 9. November dieses Jahres insgesamt neun (!) Resolutionen, die sich mit der Politik Israels in dem von ihm besetzten Gebieten und seiner Haltung gegenüber der Bevölkerung in diesen Gebieten auseinandersetzen.<sup>21</sup> Sie wurden ausnahmslos mit überwältigender Mehrheit angenommen. In den verabschiedeten Texten werden immer wieder völker- bzw. menschenrechtswidrige Handlungen und Haltungen Israels dargestellt, auf Resolutionen des UN-Sicherheitsrats wie die vorstehend dargestellten hingewiesen, denen das

---

<sup>18</sup> so die Darstellung in dem „Spiegel“-Artikel „Er schoss wahllos und ausgiebig“ vom 25.02.2019 (online auf <https://www.spiegel.de/geschichte/hebron-massaker-1994-baruch-goldsteins-erbe-a-1254163.html>); eine ausführliche Darstellung und Analyse des Geschehens findet sich in dem Buch „Wo Haß keine Grenzen kennt: Eine Anklageschrift“ von Felicia Langer, Lamuv-Verlag 1995, ISBN 3889773974

<sup>19</sup> Die Abstimmung über diese Resolution wurde (hinsichtlich der fünf Punkte umfassenden Feststellungen bzw. Forderungen) Absatz für Absatz durchgeführt; bei dieser Forderung übten die USA Stimmenthaltung; alle anderen Punkte wurden einstimmig gebilligt.

<sup>20</sup> vgl. im Einzelnen „Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats 1994“ Vereinte Nationen New York 1997, S. 130 f., online auf [https://www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_94/s-inf-50.pdf](https://www.un.org/Depts/german/sr/sr_94/s-inf-50.pdf)

<sup>21</sup> Die Resolutionen tragen die Nummern 66/72 - 66/80; sie sind unter den Bezeichnungen „A/RES/66/72“ - „A/RES/66/80“ auf [https://www.un.org/depts/german/de/gv66\\_n1.html](https://www.un.org/depts/german/de/gv66_n1.html) in deutscher Sprache abrufbar.

Land offenbar ausnahmslos bis zu diesem Zeitpunkt nicht nachgekommen war, und zu deren Einhaltung bzw. Befolgung aufgefordert. In besonderer Weise wird immer wieder die Befolgung der Bestimmungen des Vierten Genfer Abkommens vom 12. August 1949 angemahnt,<sup>22</sup>. Sowohl der UN-Sicherheitsrat als auch die Generalversammlung haben wiederholt (der Sicherheitsrat jeweils *bindend*) festgestellt, dass die in diesem Abkommen getroffenen Regelungen auch auf die in den von Israel besetzt gehaltenen Gebieten lebenden Menschen Anwendung finden müssen. Wie es scheint, hat Israel (haben die israelischen Regierungen ausnahmslos) diese Beschlüsse bis heute ignoriert.

*So erschütternd die Schilderungen der Handlungen Israels in diesen Dokumenten und so überwältigend die Zustimmung zu diesen auch sein mögen; es muss auch auf geübte Kritik insbesondere an den Beschlüssen der Generalversammlung hingewiesen werden. Es ist etwa auf die Vielzahl der Israel betreffenden Resolutionen hingewiesen worden, denen nicht eine einzige gegenüberstehe, die sich gegen das das eigene Volk brutal unterdrückende Regime Nordkoreas richte. Und selbst mir ist bei der Lektüre der oben aufgezählten Resolutionen aufgefallen, dass zwar die gegen die palästinensische Bevölkerung gerichteten Handlungen Israels benannt und beklagt werden, die Angriffe von Palästinensern auf Bewohner Israels jedoch in keiner Weise thematisiert werden. Hier wie dort geht es aber um Menschen, die in ihrer weit überwiegenden Mehrzahl im besten Sinne des Wortes unschuldig sind: unschuldig an der Radikalisierung einiger weniger Enttäuschter und wegen dieser Enttäuschung Irregeleiteter auf der einen, unschuldig an den von ihrer Regierung zu verantwortenden Handlungen auf der anderen Seite.*

## Die jüngere Vergangenheit

Die Gewalt in den von Israel besetzten Gebieten hat sich fortgesetzt – bis in die Gegenwart. Insbesondere nach dem Amtsantritt der aktuellen rechts-religiös geprägten Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu („Netanjahu VI“) am 29. Dezember 2022, die aus der fünften (!) Parlamentswahl innerhalb von nur drei Jahren hervorging, hat sich die Lage noch einmal verschärft. Bereits wenige Tage nach dem Amtsantritt der neuen Regierung, am 3. Januar 2023, besuchte der neu ernannte Minister für öffentliche Sicherheit, Itamar Ben-Gvir<sup>23</sup> von der als rechtsradikal geltenden Partei Otzma Jehudit<sup>24</sup>, den Tempelberg<sup>25</sup>. Dies löste denn auch prompt erhebli-

---

<sup>22</sup> vgl. S. 6, Fn. 16, 17

<sup>23</sup> Informationen zur Person auf [https://de.wikipedia.org/wiki/Itamar\\_Ben-Gvir](https://de.wikipedia.org/wiki/Itamar_Ben-Gvir)

<sup>24</sup> Näheres über diese Partei auf [https://de.wikipedia.org/wiki/Otzma\\_Jehudit](https://de.wikipedia.org/wiki/Otzma_Jehudit)

<sup>25</sup> Der Jerusalemer Tempelberg ist von besonderer Bedeutung für die Anhänger aller drei abrahamitischen Religionen Judentum, Christentum und Islam (umfassende Informationen auf <https://de.wikipedia.org/wiki/Tempelberg>). Dort wird auch beschrieben weshalb dem Besuch dieser

che Spannungen und Unruhe unter der palästinensischen Bevölkerung aus.<sup>26</sup> Dessen ungeachtet wiederholte er diesen Besuch am 21. Mai 2023, was erneut heftige Reaktionen auslöste. Ein Sprecher des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas<sup>27</sup> nannte diesen Besuch damals „einen offenen Angriff der heiligen Stätte, der schwerwiegende Konsequenzen haben wird“, und erklärte weiter: „Der Al-Aksa-Moschee zu schaden, bedeutet, mit dem Feuer zu spielen, und dies wird die Region in einen religiösen Krieg mit unvorstellbaren Folgen drängen.“<sup>28</sup> Eine weitere, von dieser Regierung mindestens geduldete Provokation gab es aus Anlass des so genannten „Flaggenmarsches“, der alljährlich im Rahmen des Jerusalemtags<sup>29</sup> abgehalten wird, am 18. Mai 2023. Dieser hatte auch durch muslimische Viertel geführt, ungeachtet eines Aufrufs der US-Regierung, wie in den beiden Vorjahren diesen Kurs zu ändern. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu war – anders als zwei Jahre zuvor – hierauf nicht eingegangen. Seine Begründung hierfür war, er habe eine Botschaft an die Terrorgruppen im Gazastreifen senden wollen, dass Israel Drohungen nicht nachgebe. „Trotz der Drohungen und, ich sage Ihnen, wegen der Drohungen habe ich angeordnet, den Flaggenmarsch mit seinen vielen Teilnehmern auf der ursprünglichen Strecke abzuhalten.“<sup>30</sup>

Doch es gab nach dem Amtsantritt der Regierung Netanjahu VI nicht nur diese Provokationen, es gab auch eine ganze Reihe von Gewalttaten im Verlaufe dieses Jahres 2023 – von *beiden* Seiten. Folgende Ereignisse bzw. Quellen seien hier *beispielhaft* aufgeführt:

Am 07.02.2023 meldet die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) in dem auf ihrer Internetseite veröffentlichten Artikel: „Israel: Kollektivstrafen gegen Palästinenser\*innen“<sup>31</sup> aus Anlass der Versiegelung und des in der Folge mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Abrisses zweier Palästinensern gehörender Häuser im Westjordanland wegen des Verdachts, an Überfällen auf Israelis beteiligt gewesen zu sein, dass allein bis zu diesem Zeitpunkt seit Jahresbeginn 35 Palästinenser\*innen (darunter 8 Kinder) und 7 Israelis durch Gewaltakte ums Leben gekommen seien. Eine ganze Reihe von Gewaltausbrüchen gab es Anfang April

---

Stätte durch einen – noch dazu als radikal geltenden – Juden eine besondere Brisanz innewohnt (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Tempelberg#Zutritt\\_und\\_Zutrittsbeschr%C3%A4nkungen](https://de.wikipedia.org/wiki/Tempelberg#Zutritt_und_Zutrittsbeschr%C3%A4nkungen)).

<sup>26</sup> vgl. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/tempelberg-konflikt-100.html>

<sup>27</sup> Mehr zur Person und den politischen Funktionen auf [https://de.wikipedia.org/wiki/Mahmud\\_Abbas](https://de.wikipedia.org/wiki/Mahmud_Abbas)

<sup>28</sup> s. auch <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/tempelberg-besuch-bengvir-100.html>

<sup>29</sup> Der Jerusalemtag ist ein jüdischer Feiertag, an dem der (widerrechtlichen; vgl. u.a. die Resolution 478 des UN-Sicherheitsrats vom 20. August 1980, [Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats 1980, New York 1982, S. 33 ff.; deutsche Fassung online auf [https://www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_80/s-inf-36.pdf](https://www.un.org/Depts/german/sr/sr_80/s-inf-36.pdf)]) Annexion Jerusalems durch Israel gedacht wird.

<sup>30</sup> vgl. <https://www.israelnetz.com/flaggenmarsch-provokationen-und-blumengruesse/>

<sup>31</sup> s. <https://www.hrw.org/de/news/2023/02/07/israel-kollektivstrafen-gegen-palaestinerinnen>

2023. Nachdem israelische Sicherheitskräfte am 5. April die Al-Aksa-Moschee gestürmt hatten, angeblich, weil sich dort Gläubige „mit Feuerwerkskörpern, Steinen und Stöcken ... verschanzt“ hatten<sup>32</sup>, kam es einen Tag später zu Raketenangriffen aus dem Libanon auf den Norden Israels<sup>33</sup> sowie in der darauffolgenden Nacht zu Raketenbeschuss israelischen Gebiets in der Nähe des Gazastreifens. Hierauf reagierte Israel seinerseits mit Artilleriebeschuss des Libanons<sup>34</sup> und Bombardements des Gazastreifens<sup>35</sup>. Bis auf eine Reihe verletzter Palästinenser und einen verletzten israelischen Polizisten in der Al-Aksa-Moschee sowie drei verletzte Israelis im Norden blieb es hier diesen Schilderungen zufolge zwar bei Sachschäden; der Vorfall in der auf dem Tempelberg gelegenen Al-Aksa-Moschee hatte allerdings neben dem geschilderten Raketenbeschuss auch Protestaufrufe der Hamas zur Folge, die von einem „beispiellosen Verbrechen“ sprach. Zudem hatte es in der Nacht nach dem israelischen Polizeieinsatz in der Al-Aksa-Moschee dort erneut Unruhen gegeben, bei denen palästinensischen Angaben zufolge sechs Menschen verletzt wurden.<sup>36</sup>

Am 8. April eskalierte die Gewalt erneut, wobei es dieses Mal auch ausländische Touristen traf. Am Abend dieses Tages lenkte ein arabischer Israeli in Tel Aviv seinen Pkw auf die Fahrradspur der Promenade und fuhr dort in eine Menschengruppe. Ein Italiener wurde bei diesem Vorfall getötet, sieben weitere ausländische Touristen wurden leicht bis mittelschwer verletzt und in Krankenhäuser eingeliefert. Zuvor waren an diesem Tag bei einem Attentat im Westjordanland zwei Schwestern getötet und deren Mutter schwer verletzt worden, als ihr Auto offenbar von der Straße gedrängt und anschließend beschossen worden war. Die drei Frauen besaßen auch die britische Staatsbürgerschaft. Zwar bekannte sich keine Gruppe zu dem Attentat, ein Hamas-Sprecher bezeichnete die Aktion aber als „Vergeltung für die Verbrechen, die von Israel in der Al-Aksa-Moschee und dem Westjordanland begangen werden“. Israels Verteidigungsminister Yoav Galant versprach, die Täter „auf den Friedhof oder ins Gefängnis“ zu bringen.<sup>37</sup> Zu einem weiteren Gewaltausbruch kam es im Juni dieses Jahres. Nachdem am 20. Juni vier israelische Bürger bei einem Anschlag im Westjordanland getötet worden waren, kam es einen Tag später zu schweren Ausschreitungen israelischer Siedler gegenüber Palästinensern. Dabei setzten diese Angaben der israelischen Armee zufolge „dutzende Fahrzeuge und Gebäude in Brand. Auch eine Tankstelle stand Medienberichten zufolge in Flammen. Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums wurde dort anschließend bei Konfrontationen mit der Armee ein junger Palästinenser erschossen. Weitere Men-

<sup>32</sup> vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-zusammenstoesse-al-aksa-moschee-101.html>

<sup>33</sup> s. auch <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-raketen-libanon-101.html>

<sup>34</sup> so <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-raketen-libanon-101.html>

<sup>35</sup> s. <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-luftangriffe-105.html>

<sup>36</sup> Bericht auf <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-tempelberg-reaktionen-103.html>

<sup>37</sup> vgl. hierzu <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/nahost-anschlaege-101.html>

schen seien durch scharfe Munition zum Teil schwer verletzt worden.“ Dieses Vorgehen der Siedler wurde von der Armee scharf kritisiert; sie beklagte, solche Aktionen hinderten sie daran, sich auf ihre Hauptaufgabe zu konzentrieren – „die Sicherheit des Staates Israel zu gewährleisten und Terror zu verhindern“. Benjamin Netanjahu betonte, Israel sei ein Rechtsstaat. Alle Bürger seien verpflichtet, sich an das Gesetz zu halten. Weitere Ausschreitungen werde man nicht dulden.<sup>38</sup>

Doch das war wohl nur eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen sich die israelische Regierung bemühte, die Aktivitäten jüdischer Siedler im Westjordanland zu kritisieren oder gar einzuschränken. Bald aber gab es erneut einen offenbar von Israel ausgehenden Gewaltausbruch, wiederum in der Westbank. Am Montag, dem 3. Juli 2023, begann die israelische Armee eine großangelegte Militäroperation im dichtbewohnten Flüchtlingslager von Dschenin, im äußersten Norden des besetzten Westjordanlandes, die – aus meiner Sicht durchaus bemerkenswert – live im (israelischen) Fernsehen übertragen wurde. Es handelte sich hierbei um den um den größten Militäreinsatz dort seit 21 Jahren, seinerzeit auf dem Höhepunkt der Zweiten Intifada<sup>39</sup>. Der Einsatz in dem Lager mit rund 17.000 Bewohnern (ironischerweise „Heim und Garten“ betitelt<sup>40</sup>) richtete sich israelischen Angaben zufolge gegen „terroristische Infrastruktur“ und forderte allein am ersten Tag neun Todesopfer und rund hundert Verletzte<sup>41</sup>. Möglicherweise sollte diese Aktion von seinerzeit bestehenden gravierenden innenpolitischen Problemen des rechts-religiösen Kabinetts Netanjahu VI ablenken, waren doch seit Jahresbeginn Woche für Woche hunderttausende Israelis auf die Straßen geströmt, um gegen eine von diesem geplante Justizreform<sup>42</sup> zu demonstrieren, mit der (als Kernstück) die Befugnisse des Obersten Gerichts zur Kontrolle der Regierung massiv eingeschränkt werden sollten (und immer noch sollen; das Projekt ist noch nicht vom Tisch).<sup>43</sup> Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Am zweiten Tag des noch andauernden israelischen Militäreinsatzes im Flüchtlingslager Dschenin fuhr ein 20-jähriger Palästinenser, der nach israelischen Angaben „illegal“ aus dem Westjordanland eingereist war, in Tel Aviv mit seinem Auto in eine Menschenmenge und stach anschließend mit einem spitzen Gegenstand auf Men-

---

<sup>38</sup> Quelle: <https://www.fr.de/politik/israel-terroranschlag-vier-tote-ausschreitungen-westjordanland-militaer-reagiert-palaestiner-zr-92356740.html>

<sup>39</sup> Mit „Intifada“ werden insgesamt zwei Palästinenser-Aufstände gegen Israel bezeichnet. Der Wortbedeutung nach sollte mit diesen die „Besatzungsmacht“ Israel „abgeschüttelt“ werden sollte. Weitere Einzelheiten zu diesen Geschehnissen finden sie auf [https://de.wikipedia.org/wiki/Zweite\\_Intifada](https://de.wikipedia.org/wiki/Zweite_Intifada)

<sup>40</sup> Die Ironie ergibt sich allerdings nur für den außenstehenden Betrachter. Im israelischen politischen Sprachgebrauch stellt es eine Anspielung auf die wiederkehrenden, zeitlich begrenzten Militäroperationen Israels gegen extremistische, bewaffnete Palästinensergruppierungen dar (vgl. den Beitrag „Israels Militäroperation und der Anschlag in Tel Aviv vom 04.07.2023 auf [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)

<sup>41</sup> so berichtet die Frankfurter Rundschau in ihrer [Online-Ausgabe vom 04.07.2023](https://www.fr.de/politik/israel-terroranschlag-vier-tote-ausschreitungen-westjordanland-militaer-reagiert-palaestiner-zr-92356740.html)

<sup>42</sup> einen groben Überblick hierzu finden Sie auf <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-justizreform-122.html>

<sup>43</sup> vgl. hierzu auch <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-analyse-102.html>

schen ein. Fünf Verletzte (darunter eine lebensgefährlich verletzte Frau) wurden in Krankenhäuser gebracht, der Attentäter (der der Polizei nach eigenen Angaben zuvor nicht bekannt gewesen war) von einem bewaffneten Passanten erschossen. Die Hamas reklamierte den Anschlag für sich und bezeichnete ihn als Vergeltung für den andauernden israelischen Militäreinsatz in Dschenin.<sup>44</sup>

Anfang August dann erneut eine Reihe von miteinander im Zusammenhang stehender Gewalttaten: Am 4. August (oder jedenfalls in den Tagen vor dem 5. August) waren insgesamt vier junge palästinensische Männer getötet worden, einer von ihnen durch israelische Siedler (zwar waren in diesem Fall zwei Verdächtige festgenommen worden; der in dieser Arbeit bereits erwähnte israelische Sicherheitsminister Ben-Gvir rechtfertigte ihr Vorgehen jedoch umgehend als „Selbstverteidigung“).<sup>45</sup> Offenbar als Reaktion auf diese Vorfälle kam es am 5. August in Tel Aviv zu einem Feuergefecht, bei dem der palästinensische mutmaßliche Angreifer und ein israelischer Wachmann getötet wurden.<sup>46</sup> Am darauffolgenden Tag erschossen dann israelische Soldaten im Westjordanland drei Palästinenser; diese hätten kurz davor gestanden, einen Anschlag zu begehen, und seien auch bereits „an früheren Aktionen gegen israelische Kräfte beteiligt gewesen“.<sup>47</sup>

Lassen wir zum Abschluss dieser (höchstwahrscheinlich unvollständigen) Aufzählung von Gewaltereignissen zwischen israelischen Sicherheitskräften und palästinensischen getöteten Menschen (denen ich nicht unterstellen möchte, dass es sich bei ihnen ausschließlich um Attentäter handelte) im Jahr 2023 noch einmal Human Rights Watch zu Wort kommen: In einem am 31. August auf ihrer Homepage veröffentlichten Artikel mit dem Titel „Westjordanland: Mehr palästinensische Kinder durch israelische Armee getötet“<sup>48</sup> beklagt die Menschenrechtsorganisation unter Aufführung einiger Fallbeispiele, dass in diesem Jahr voraussichtlich mehr palästinensische Kinder im Westjordanland durch Handlungen israelischer Sicherheitskräfte getötet werden würden als die 34 im Vorjahr, da diese Zahl bereits zur Zeit der Veröffentlichung dieses Artikels erreicht worden sei<sup>49</sup>

Aus dem bisher Zusammengetragenen wird deutlich: die Geschichte des (modernen) Staates Israel ist eine *Geschichte des Unrechts*. Das angestammte Land Israels

---

<sup>44</sup> vgl. die Berichterstattung auf <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/tel-aviv-anschlag-114.html>

<sup>45</sup> vgl. die Darstellung auf <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-anschlagsplanung-100.html>

<sup>46</sup> s. <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/anschlag-tel-aviv-112.html>

<sup>47</sup> Quelle hierzu s. Fn. 42

<sup>48</sup> online unter <https://www.hrw.org/de/news/2023/08/31/westjordanland-mehr-palaestinensische-kinder-durch-israelische-armee-getoetet>

<sup>49</sup> Dem muss noch ergänzend hinzugefügt werden, dass diese Zahl offenbar eine Verdopplung gegenüber der des vorangegangenen Jahres darstellte (vgl. <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/2022-becomes-deadliest-year-palestinian-children-west-bank-over-15-years> [engl.])

wurde von den Römern erobert, die letzten noch verbliebenen Bewohner jüdischen Glaubens Jahrhunderte später in der Folge der Eroberungen durch die Muslime in alle Welt verstreut. Nirgendwo wirklich wohlgekommen, stattdessen nahezu überall unbegründeten Verdächtigungen ausgesetzt, verfolgt, gedemütigt und mit dem Tode bedroht, gipfelt die Verfolgung der Menschen jüdischen Glaubens letztlich im Holocaust, in dem sechs Millionen von ihnen ihr Leben verlieren. Dies ist wohl der allerletzte Anstoß, den schon zuvor verfolgten Plan in die Tat umzusetzen, ihnen eine neue Heimstatt zu schaffen.

Ob das jemals bedacht wurde?: Dies kann nur gelingen, indem neues Unrecht geschaffen wird. Denn: Wo immer diese neue Heimstatt angesiedelt werden würde; dort leben bereits Menschen! Dass letztlich Palästina als Ort auserkoren wurde, mag den Bedenkern dieses Plans als folgerichtig erschienen sein, konnte doch diese Gegend als die „angestammte Heimat“ des jüdischen Volkes<sup>50</sup> angesehen werden. Letztlich bleibt die Tatsache, dass der Staat Israel auf Boden entstehen *musste*, auf dem bereits andere Menschen lebten, die diesen Grund und Boden – mit Fug und Recht<sup>51</sup> – als ihr Eigentum ansehen durften. Konflikte mussten geradezu zwangsläufig entstehen.

## **Fatah, Hamas und Islamischer Dschihad in Palästina**

Diese Konflikte und die hier beschriebenen Ereignisse allein vermögen jedoch den unvorstellbaren Gewaltausbruch, der ab dem 7. Oktober 2023 ausgehend vom Gazastreifen Israel, den Gazastreifen selbst, aber auch Teile der Nachbarstaaten Israels erschüttert hat, nicht zu erklären<sup>52</sup>. Daher gilt es nach dieser Darstellung, den Blick einmal ein wenig zu weiten.

Dabei ist zunächst wichtig, dass es „die Palästinenser“ so nicht gibt – und somit auch nicht „die Vertretung“ der Palästinenser. Als deren „offizielle“ Vertretung gilt zwar die *Fatah*, die nach einem innerpalästinensischen Bürgerkrieg im Jahr 2007 die Macht im Westjordanland und damit faktisch die Leitung der so genannten Palästinensi-

---

<sup>50</sup> Ethnisch betrachtet sind die Menschen jüdischen Glaubens selbstverständlich nicht als „Volk“ anzusehen; dennoch lässt sich der Gebrauch dieses Begriffes aus der Tradition heraus rechtfertigen (vgl. auch [https://de.wikipedia.org/wiki/Juden#Begriff\\_%E2%80%9Ej%C3%BCdisches\\_Volk%E2%80%9C](https://de.wikipedia.org/wiki/Juden#Begriff_%E2%80%9Ej%C3%BCdisches_Volk%E2%80%9C)).

<sup>51</sup> Welche (rechtliche) Rolle es gespielt hat (gespielt haben könnte), dass Palästina zur Zeit der Gründung Israels britisches Mandatsgebiet war (d.h., ob hier möglicherweise Aspekte auch des Kolonialismus eine Rolle gespielt haben könnten), muss an dieser Stelle offenbleiben. Zum einen fehlen mir die Möglichkeiten, dies auch nur ansatzweise beurteilen zu können, zum anderen würde eine solche Diskussion den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

<sup>52</sup> Mit der Hamas verbündete Palästinenser-Milizen haben vom Libanon und von Syrien aus ebenfalls israelische Ziele mit Raketen beschossen, was wiederum entsprechende Reaktionen Israels zur Folge hatte. So wurde nach mir vorliegenden Informationen allein der Flughafen der durch den syrischen Bürgerkrieg ohnehin schon stark zerstörten Stadt Aleppo zwei Mal von der israelischen Luftwaffe angegriffen, wobei in beiden Fällen Landebahnen beschädigt worden sein sollen.

schen Autonomiebehörde übernahm (die international als Vertretung eines „Staates Palästina“ angesehen wird), während die rivalisierende *Hamas* die politische Kontrolle im Gazastreifen übernahm.<sup>53</sup> Als dritte Kraft etablierte sich der *Islamische Dschihad in Palästina* insbesondere im Gazastreifen. Mithin ist von mindestens drei konkurrierenden Organisationen auszugehen, die die Vertretung „der palästinensischen Sache“ für sich beanspruchen.<sup>54</sup> Nehmen wir diese also einmal etwas näher unter die Lupe:

Die *Fatah* wurde im Oktober 1959 von Yassir Arafat als Guerillaorganisation gegründet. In ihrer „Verfassung“ von 1964 hatte sie sich die „komplette Befreiung Palästinas“, die „Gründung eines unabhängigen demokratischen Staates mit vollständiger Souveränität über die palästinensischen Gebiete und Jerusalem als Hauptstadt“ sowie die „Ausrottung der ökonomischen, politischen, militärischen und kulturellen Existenz des Zionismus“ zum Ziel gesetzt. Im Rahmen des so genannten „Oslo-Friedensprozesses“ (vgl. oben, S. 5) erkannte sie das Existenzrecht Israels an, bekannte sich zu diesem Friedensprozess und schwor dem Terrorismus als politischem Mittel ab.<sup>55</sup> Zwar wurde sie bei den letzten Wahlen zu einer palästinensischen Volksvertretung am 25. Januar 2006 (!) nur zweitstärkste Kraft hinter der *Hamas*<sup>56</sup>, dominiert aber dennoch aufgrund der letztlichen Ergebnisse des palästinensischen Bürgerkrieges<sup>57</sup> die internationale Vertretung der Palästinenser.<sup>58</sup>

Die *Hamas* ging 1978 aus der aus der 1928 in Ägypten gegründeten Muslimbruderschaft<sup>59</sup> hervor. Sie gliedert sich in einen politischen und einen militärischen Arm sowie ein Hilfswerk.<sup>60</sup> Sie betrachtet ganz Palästina als islamischen Besitz an, der bis zum Ende der Tage in islamischer Hand bleiben muss. Israel existiere und werde weiter existieren, bis der Islam es (wie schon andere Länder zuvor) ausgelöscht habe.<sup>61</sup> Folgerichtig lehnt sie die von der *Fatah* angestrebte Zwei-Staaten-Lösung ab. Nach dem auf ihren Wahlsieg von 2006 folgenden innerpalästinensischen Bürger-

---

<sup>53</sup> vgl. hierzu u.a. [https://de.wikipedia.org/wiki/Fatah-Hamas-Konflikt#Auf%C3%B6sung\\_der\\_Regierung\\_der\\_Nationalen\\_Einheit](https://de.wikipedia.org/wiki/Fatah-Hamas-Konflikt#Auf%C3%B6sung_der_Regierung_der_Nationalen_Einheit)

<sup>54</sup> Als vierte Kraft könnte die *Hisbollah* angesehen werden, die allerdings nicht in Israel und den von ihm besetzten Gebieten, sondern überwiegend vom Libanon aus aktiv wird.

<sup>55</sup> vgl. im Einzelnen <https://de.wikipedia.org/wiki/Fatah>

<sup>56</sup> vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinensische\\_Autonomiebeh%C3%B6rde#Wahlen](https://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinensische_Autonomiebeh%C3%B6rde#Wahlen)

<sup>57</sup> s. hierzu <https://de.wikipedia.org/wiki/Fatah-Hamas-Konflikt>.

<sup>58</sup> Eine sehr anschauliche Darstellung über die *Fatah*, ihre Geschichte, ihre Ziele und auch über die Konfliktlinien mit der *Hamas* findet sich auf dem Portal „StudySmarter“:

<https://www.studysmarter.de/schule/geschichte/nahostkonflikt/fatah/>

<sup>59</sup> Nähere Informationen über diese Organisation vermittelt die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in dem 2019 veröffentlichten Artikel von Michael Kreutz „Die Muslimbruderschaft“, online auf <https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/286322/die-muslimbruderschaft/>

<sup>60</sup> vgl. u.a. <https://de.wikipedia.org/wiki/Hamas>

<sup>61</sup> vgl. Die *Hamas* – Profil einer Terrororganisation mit Regierungsauftrag, hrsg. von der Botschaft des Staates Israel, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Berlin 21. Februar 2006, online unter

[https://embassies.gov.il/berlin/AboutIsrael/the-middle-east/naherostendokumente/Hamas\\_Profil.pdf](https://embassies.gov.il/berlin/AboutIsrael/the-middle-east/naherostendokumente/Hamas_Profil.pdf)

krieg und ihrer Machtübernahme im Gazastreifen kam es 2014 und 2017 zu Annäherungen zwischen Hamas und Fatah<sup>62</sup>; aus den mir zugänglichen Quellen lässt sich leider nicht erschließen, welchen weiteren Verlauf diese Aussöhnungsbemühungen genommen haben. Zuletzt wurde am 30. Juli 2023 von Versöhnungsgesprächen berichtet, die Palästinenserpräsident Mahmud Abbas und Ismail Hanija, Chef des politischen Arms der Hamas, in der ägyptischen Küstenstadt el-Alamein geführt hatten.<sup>63</sup> Die Hamas wird von den USA, der Europäischen Union und weiteren Staaten als „Terrororganisation“ eingestuft<sup>64</sup>; die Schweiz hat eine solche Einstufung unter Berufung auf ihre Neutralität bislang abgelehnt, diskutiert sie jedoch anscheinend unter dem Eindruck der Ereignisse vom 7. Oktober 2023 (kontrovers)<sup>65</sup>. Die Vereinten Nationen lehnen eine solche Einstufung ab, weil dieser Begriff im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten im humanitären Völkerrecht nicht definiert sei<sup>66</sup>. Stattdessen spreche man von „bewaffneten Gruppen“; diese seien klar definiert und verpflichtet, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten. Insbesondere im aktuellen Konflikt wird der Hamas vorgeworfen, die Menschen im Gazastreifen als „menschliche Schutzschilde“ zu missbrauchen. So soll sie während der aktuellen Kampfhandlungen nach der Aufforderung der israelischen Regierung an die im Norden des Gazastreifens lebenden Menschen, vor den bevorstehenden Angriffen in den Süden des Gebietes zu fliehen, diese zum Bleiben aufgefordert und teilweise sogar an der Flucht gehindert haben.

Auch der *Islamische Dschihad in Palästina* entwickelte sich aus der ägyptischen Muslimbruderschaft. Obwohl der sunnitischen Glaubensrichtung des Islam zugehörig, ließen sich seine Gründer von den Ideen des Ayatollah Khomeini und dessen (schiitischer) islamischer Revolution im Iran inspirieren.<sup>67</sup> Während die Muslimbruderschaft die Auffassung vertritt, dem Kampf gegen Israel müsse eine Rückführung der Massen zum Islam und dessen Neubelebung vorausgehen, vertreten die Gründer des Islamischen Dschihad in Palästina die Auffassung, Israel sei bereits durch seine bloße Existenz „eine Quelle der moralischen und geistigen Korruption ... , die Moslems daran hindere, das Übel in ihrer Gesellschaft zu beseitigen“<sup>68</sup>. „Die Ideolo-

---

<sup>62</sup> vgl. u.a. <https://www.tagesspiegel.de/politik/was-eine-aussöhnung-der-palastinenser-bedeutend-konnte-5503354.html>

<sup>63</sup> s. <https://www.deutschlandfunk.de/fatah-und-hamas-fuehren-versoehnungsgespraech-100.html>

<sup>64</sup> s. nochmals Fn. 55

<sup>65</sup> s. <https://www.swissinfo.ch/ger/politik/-die-hamas-zur-terrororganisation-zu-erklaren--widerspricht-der-neutralitaet-der-schweiz-/48901592>

<sup>66</sup> vgl. hierzu <https://www.fr.de/politik/israel-palaestina-hamas-terroristen-begriff-vereinte-nationen-definition-zr-92571490.html>

<sup>67</sup> vgl. insoweit [https://de.wikipedia.org/wiki/Islamischer\\_Dschihad\\_in\\_Pal%C3%A4stina](https://de.wikipedia.org/wiki/Islamischer_Dschihad_in_Pal%C3%A4stina)

<sup>68</sup> so Meir Litvak, Moshe Dayan Center für Nahost- und Afrika-Studien, *Der Palästinensische Dschihad*, Nachdruck mit Genehmigung von Tel-Aviv Notes, Nr. 56, 28.11.2002. Jaffee Center für Nahost- und Afrika-Studien, Universität Tel Aviv, S. 1; online auf <https://embassies.gov.il/berlin/AboutIsrael/the-middle-east/naherostendokumente/DerPalaestinensischeIslamischeJihad.pdf>

gie des Islamischen Dschihad vermischt palästinensische nationale Ideen mit Gedanken, die aus drei anderen Traditionen stammen: der Ideologie der Moslem-Brüder, Handlungsmustern der militanten muslimischen Gruppen in Ägypten und, einzigartig in der sunnitischen Welt, den Lehren des Ayatollah Khomeini, des schiitischen Führers der islamischen Revolution im Iran. ... Insofern die jüdische Präsenz in Palästina die moslemische Unterlegenheit in der modernen Welt symbolisiere, kann diese Ideologie die Verpflichtung für die palästinensische Sache nicht nur unter den engen Rahmenbedingungen des palästinensischen Nationalismus definieren. Stattdessen ist sie ein grundsätzlich islamisches Problem und der Schlüssel ‚zu jeder ernsthaften Strategie, die auf die Befreiung und Vereinigung der islamischen Welt abzielt‘.<sup>69</sup> – Diese Organisation ist also als noch radikaler als die Hamas anzusehen; sie tritt zudem sowohl mit ihr als auch mit der Fatah offen in Konkurrenz.<sup>70</sup> Auch ist darauf hinzuweisen, dass die letzte größere Aktion Israels im Gazastreifen im August 2022 nicht etwa der Hamas galt, sondern dem Islamischen Dschihad.<sup>71</sup> Und auch dessen Anteil an dem aktuellen Konflikt ist einem Bericht des österreichischen „Falter“ zufolge offenbar größer als gemeinhin berichtet wird.<sup>72</sup>

Weisen schon die zuvor zusammengetragenen und dargestellten historischen Hintergründe und Fakten jede Menge Konflikt- und Gewaltpotenzial für die Nahost-Region aus, so muss die zusätzliche Berücksichtigung der Ideologien der Organisationen, die die Interessen der palästinensischen Bevölkerung vertreten oder dies zumindest vorgeben, völlig ratlos machen. Eine von ihnen (*eine von dreien*) ist im Verlauf der Geschichte zu der Erkenntnis gelangt, dass der durch die Errichtung des jüdischen Staates auf dem Gebiet Palästinas nahezu zwangsläufig entstandene Konflikt mit der dort seit Jahrhunderten lebenden Bevölkerung durch die Anwendung von Gewalt nicht zu lösen ist. Deren Einfluss auf die palästinensische Bevölkerung hat aber – nicht zuletzt bedingt durch interne Probleme wie Vetternwirtschaft und Korruption – immer weiter abgenommen, wodurch die radikaleren Organisationen gestärkt wurden. Parallel hierzu wurde das zarte Pflänzchen „Friedensprozess“ auch auf israelischer Seite durch radikale – nicht zuletzt auf einer strengen Auslegung des jüdischen Glaubens fußende – Kräfte an seinem Wachstum gehindert und letztlich nahezu zertreten. Nun stehen sich beide Seiten in einer Weise gegenüber, die einen

---

<sup>69</sup> a.a.O., S. 1 f. Bedauerlicherweise konnte ich im Rahmen meiner online geführten Recherchen keine wirklich unabhängigen Quellen zu den ideologischen Hintergründen der Organisationen Fatah und Islamischer Dschihad in Palästina ausfindig machen, so dass mir letztlich nur diese israelischen Quellen zur Verfügung standen.

<sup>70</sup> vgl. etwa <https://diefreiheitsliebe.de/politik/palaestina-annaehderung-zwischen-parteien-ausser-dem-islamischen-dschihad/>

<sup>71</sup> vgl. den Bericht auf <https://www.dw.com/de/pal%C3%A4stinensischer-islamischer-dschihad-kurzer-draht-nach-teheran/a-62756812>

<sup>72</sup> s. <https://www.falter.at/mail/20231029/die-uebersehenen-terroristen>

Frieden in dieser Region weiter entfernt denn je erscheinen lässt. Eine Lösung wird dringend benötigt, weil die Welt und die Menschheit noch weit drängendere Probleme haben, die der Lösung harren. Wie es aussieht, haben die politisch Verantwortlichen in diesem Konflikt sie nicht, nicht zuletzt, weil einige von ihnen eine solche gar nicht wollen. Und der hilflose Betrachter der Szenerie fragt sich, welchen Sinn dies alles haben soll und warum anscheinend niemand gewillt ist, diesem Treiben Einhalt zu gebieten.

## **Versuch eines Ausblicks**

Sieben Wochen nach dem Gewaltausbruch vom 7. Oktober 2023 stellt sich die Lage wie folgt dar: Kurz vor Ablauf der siebten Woche der Kampfhandlungen konnte ab Freitag, dem 24.11.2023, auf Vermittlung Ägyptens, Qatars und der USA ein zunächst viertägiger Waffenstillstand erreicht werden, während dessen 50 der knapp 240 in der Gewalt der Hamas befindlichen Geiseln gegen 150 in Israel einsitzende palästinensische Gefangene ausgetauscht werden sollen; eine Verlängerung dieser Waffenruhe und ein weiterer Austausch von Geiseln gegen palästinensische Gefangene sollen als Option vereinbart worden sein. Wie brüchig diese Verabredungen sind, erwies sich bereits am zweiten Tag ihrer vorgesehenen Umsetzung, als die Hamas die Freilassung der zweiten Gruppe von Geiseln mit der Begründung verzögerte, Israel halte die Vereinbarung zur Versorgung auch des (von Israel derzeit besetzten und weitgehend zerstörten) nördlichen Teils des Gazastreifens nicht ein. Israel drohte daraufhin mit einem Ende der Waffenruhe ab Mitternacht; offenbar nach weiteren Vermittlungsbemühungen seitens Qatars und der USA wurde dann am späten Abend dieses Tages der Austausch wieder aufgenommen. Zuvor war gemeldet worden, dass (Stand 10. November 2023) mehr als die Hälfte der 36 Krankenhäuser in diesem Gebiet nicht mehr arbeiten könnten, nicht zuletzt; weil Israel nach wie vor die Einfuhr von Treibstoff in den Gazastreifen nicht zu erlauben bereit ist. Weit mehr als eine Million Menschen sind – der Aufforderung Israels folgend – aus dem Norden des Gazastreifens (Gaza-Stadt) in dessen Süden geflüchtet. Doch auch dort sind die Menschen keineswegs sicher. Zudem ist ihre Versorgung wegen des Treibstoffmangels zunehmend gefährdet, und auch die Nahrungsmittel- und Wasserlieferungen werden von Hilfsorganisationen immer wieder als völlig unzureichend kritisiert. Zuletzt hatte Israel vor Beginn der erwähnten Waffenruhe heftige Kritik auf sich gezogen, weil es militärisch gegen das größte Krankenhaus in Nord-Gaza, die al-Shifa-Klinik, vorgegangen war. Zur Begründung für diese Aktion hatte es angeführt, unter der Klinik habe sich eine geheime Kommandozentrale der Hamas befunden; definitive Beweise für diese Behauptung hat die israelische Armee allerdings weder während der Aktion noch danach vorlegen können. Letztlich wurde die Klinik evakuiert,

wobei u.a. 31 Frühchen gerettet und zur weiteren Behandlung zunächst nach Ägypten gebracht werden konnten; die Berichterstattung hierüber legt allerdings den Schluss nahe, dass die meisten von ihnen von ihren Eltern bzw. Müttern getrennt wurden, da diese nicht ermittelt werden konnten.

Auch politisch ist Israel seit dem Beginn seiner Abriegelung des Gazastreifens und seiner militärischen Aktionen dort immer stärker unter Druck geraten. So löste UN-Generalsekretär António Guterres eine regelrechte Affäre aus, als er während einer Sitzung des Weltsicherheitsrats zu dem Konflikt am 24. Oktober 2023 zwar einerseits den Terrorangriff der Hamas klar verurteilte, andererseits aber auch anmerkte, dieser habe „nicht im luftleeren Raum“ stattgefunden. Die (seinerzeitige) totale Blockade des Gazastreifens und die Praxis Israels, „mehr als eine Million Menschen zur Evakuierung in den Süden zu befehlen, wo es keine Unterkünfte, keine Nahrung, kein Wasser, keine Medikamente und keinen Treibstoff gibt, und dann den Süden selbst weiter zu bombardieren“, bezeichnete er in dieser Rede als eindeutige Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht. Dies löste wütende Proteste Israels aus – von der Absage eines Treffens mit ihm durch den israelischen Außenminister Eli Cohen bis hin zu einer Rücktrittsforderung seitens des UN-Botschafters des Landes, Gilad Erdan.<sup>73</sup> Zudem kündigte Israels Regierung an, Mitarbeitenden der Vereinten Nationen bis auf weiteres keine Visa mehr erteilen zu wollen. Die stellvertretende Chefredakteurin der „WELT“, Jennifer Wilton, warf Guterres in einem Artikel bereits in der Überschrift „unfassbares Versagen“ vor: er habe sich zu der Äußerung „verstiegen“, die Hamas-Attacke habe nicht im luftleeren Raum stattgefunden.<sup>74</sup>

Abgesehen davon, dass islamisch geprägte Staaten das harte Vorgehen Israels im Gazastreifen brandmarken (der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan bezeichnete jüngst mehrfach Israel als einen „Terrorstaat“ und die Hamas als eine Gruppe von „Befreiungskämpfern“, und auch viele arabische Staaten kritisieren immer wieder die vielen zivilen Toten im Gazastreifen und dessen weitgehende Abriegelung), geht auch die Führung der USA immer stärker auf einen Abgrenzungskurs gegenüber der israelischen Regierung und deren Kriegseinsatz im Gazastreifen. Immer wieder wird auch darauf hingewiesen, dass nur eine Umsetzung der Zwei-

---

<sup>73</sup> vgl. zu diesem Vorgang <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/guterres-ruecktrittsforderung-un-botschafter-israel-100.html>

<sup>74</sup> vgl. <https://www.welt.de/debatte/plus248184876/Antonio-Guterres-Das-unfassbare-Versagen-des-UN-Generalsekretars.html>. Leider ist dieser Artikel nicht kostenfrei zu lesen. Ich habe Frau Wilton in einer E-Mail vom 25.10.2023 (allem Anschein nach ist die Online-Version des Artikels nachträglich aktualisiert worden) mitgeteilt, dass ich angesichts der bereits in der Überschrift zum Ausdruck kommenden Geisteshaltung nicht bereit sei, ihre Zeitung auch nur mit 1 € zu unterstützen, um den gesamten Artikel lesen zu können. Inhaltlich habe ich Frau Wilton darauf aufmerksam gemacht, dass der UN-Generalsekretär lediglich Fakten dargestellt habe, und ihr „Meinungsterror“ vorgeworfen, wie er derzeit bisweilen gerne den GRÜNEN nachgesagt werde.

Staaten-Lösung den Konflikt dauerhaft befrieden könne.<sup>75</sup> Eine wirkliche Lösung für die Region scheint derzeit in unendlich weiter Ferne zu liegen. Zudem wird dieser Konflikt eben nicht nur im Nahen Osten ausgetragen, sondern auch überall dort, wo Menschen jüdischen und muslimischen Glaubens zusammenleben, mithin auch und gerade in Deutschland, was auch hierzulande Unruhe stiftet und nach Auffassung nicht weniger Beobachter sogar unsere Demokratie gefährden könnte.

## Zwei Interviews mit kritischen jüdischen Menschen

Gewissermaßen zur Abrundung dieser Arbeit möchte ich auf zwei beeindruckende Interviews eingehen, die deutsche Medien mit Menschen jüdischen Glaubens geführt haben, die sowohl der derzeitigen Politik der israelischen Regierung als auch der Haltung der deutschen Bundesregierung zu dieser kritisch gegenüberstehen.

Beginnen möchte ich mit dem Interview, das „tagesthemen“-Moderator Ingo Zamperoni am 7. November 2023 mit dem israelischen Journalisten und Mitherausgeber der Zeitung Haaretz, Gideon Levy<sup>76</sup>, führte. Auf die einleitende Frage Zamperonis, wie er sich einen Monat nach dem Hamas-Überfall auf sein Heimatland fühle, erwiderte Levy u.a.: „Die erste Reaktion war Überraschung, dann Schock und dann diese Beschämung – und dann alle möglichen Prozesse, die noch nicht zu Ende gekommen sind. Ich weiß noch nicht, wo das hingehen soll. Leider sind die meisten Israelis zurzeit dabei, das Ganze extrem nationalistisch, militaristisch aufzunehmen. Israel ist zurzeit nationalistischer, militaristischer und stärker von Hass geprägt als vor einem Monat. Ich bedauere das, aber es ist unvermeidlich; ich verstehe es.“

In seiner zweiten Frage geht Zamperoni auf die durch israelische Militäraktionen und die seinerzeit gerade erfolgte Teilung des Gazastreifens in einen Nord- und einen Südteil und ein nahezu ständiges Bombardement des Nordteils mit vielen Todesopfern und Verletzten gekennzeichnete Situation ein und fragt Levy, ob sich denn hiergegen in Israel irgendwie geartete Zweifel oder sogar Widerstand regten. Die Antwort: „Leider nicht – und das sage ich mit großem Schmerz. Denn Israel hat natürlich das Recht, sich zu verteidigen, hat das Recht zurückzuschlagen, die Hamas zu bestrafen, die Hamas zu zerschlagen. Aber Rache ist keine Politik. Ich weiß nicht, wie viele Israelis sich fragen: ‚Was passiert am Tag danach?‘ Aber es muss natürlich

---

<sup>75</sup> Deren Befürworter müssen sich allerdings fragen lassen, wie diese angesichts der von Israel insbesondere im Westjordanland geschaffenen Fakten (in Gestalt der dort in großer Anzahl errichteten Siedlungen und der immer weiter steigenden Zahl radikaler Siedler) noch gelingen kann. Diese Siedlungen durchlöchern das dortige Palästinensergebiet wie einen „Schweizer Käse“, und auch die von US-Präsident Joe Biden am 18. November 2023 unterbreiteten [Vorschläge](#), extremistische Siedler stärker zur Verantwortung zu ziehen, dürften kaum weiterhelfen (jedenfalls die aktuelle rechtsnationale Regierung Israels dürfte hierzu ohnehin nicht bereit sein).

<sup>76</sup> mehr zur Person von Gideon Levy auf [https://de.wikipedia.org/wiki/Gideon\\_Levy](https://de.wikipedia.org/wiki/Gideon_Levy)

gewisse Einschränkungen geben, Zurückhaltung, es muss Regeln geben. Wir haben das Völkerrecht, es gibt Regeln, auch in einem gerechtfertigten Krieg muss es noch etwas geben, das zivilisiert ist. Leider ist es bei den meisten Israelis so, dass sie nichts anderes sehen als das, was im israelischen Fernsehen kommt. Und zweitens rechtfertigt jeder Israeli alles aus Ärger, aus Schmerz über das heraus, was geschehen ist. Aber hilft es denn Israel, wenn Tausende von Kindern getötet werden? Hilft das für irgendeinen Zweck? Wir sind geteilt zwischen dem Ärger auf Hamas und der Sorge um das palästinensische Volk; denn es ist ein Riesen-Preis, der gezahlt wird.“

Zamperoni fragt weiter, ob er es richtig verstehe, dass es in den israelischen Medien keinen Platz für das Leid der Palästinenser gebe. Levy antwortet (kopfschüttelnd): „Da gibt es kaum eine Diskussion. Denn – wie ich schon sagte: die Mainstream-Medien in Israel zeigen nicht, was da passiert – oder sie zeigen es kaum. Man sieht Stunden um Stunden israelisches Fernsehen und man bekommt dann mal zwei, drei Sekunden oder Minuten mit Zerstörungsbildern aus Gaza. Und weltweit sieht man eine andere, schreckliche Realität. In Israel konzentrieren wir uns nur auf unsere Opfer, was natürlich verständlich ist, das ist gerechtfertigter Schmerz. Wir sehen unsere Opfer, wir sehen unser Leid, wir sehen niemals das Leid der Anderen. Und jetzt müssen wir das zugeben: das Leid in Gaza ist das größte Leid, das man sich vorstellen kann.“

Anschließend spricht Zamperoni die Zwei-Staaten-Lösung an, die er als „wahrscheinlich schon vor dem 7. Oktober tot“ bezeichnet, und fragt, welche Lösung es denn überhaupt in diesem Konflikt geben könne. Levys Antwort: „Aus dem gegenwärtigen Gesichtspunkt glaube ich, dass sich durch diesen Anschlag nicht viel geändert hat, denn seit Jahren halte ich die Zwei-Staaten-Lösung für tot. Wenn man 700.000 Juden im Westjordanland ansiedelt, dann ist die Zwei-Staaten-Lösung tot, und alles andere ist nur Gerede. Man redet über eine Lösung, als ob sie existiere. Aber wenn die Zwei-Staaten-Lösung tot ist, dann gibt es nur zwei Optionen, eine dritte gibt es nicht: eine Option ist, diese Apartheid auf ewig fortzusetzen, und die Palästinenser werden niemals irgendeine Selbstbestimmung, ein Bürgerrecht bekommen. Sie haben nicht einmal eine Staatsangehörigkeit, keine Menschenrechte, keine Bürgerrechte, und wir werden das endlos fortsetzen. Die andere Option ist eine Demokratie. Und Demokratie ist das Ende des jüdischen Staates, das Ende des Zionismus. Es wäre ein Staat zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer, 7,5 Millionen Juden, 7,5 Millionen Palästinenser, mit Gaza. Das klingt wie eine Utopie. Aber viele Sachen in der Geschichte haben erst wie eine Utopie geklungen. Und dann brauchen wir zumindest eine Vision: Eine Ein-Staaten-Lösung mit einer Person, einer Stimme ist zurzeit die einzige mögliche oder absehbare Lösung. Ich weiß, dass das völlig ver-

rückt klingt, aber was für eine Alternative gibt es? Die Alternative ist eine Apartheid auf ewig.“

Zamperoni fragt daraufhin, ob die israelische Bevölkerung „so etwas mitmachen“ würde, und bekommt zur Antwort: „Zurzeit bin ich damit allein, und ich war schon immer damit allein. Es gibt sehr Wenige, die meine Gedanken teilen. Die meisten in der öffentlichen Meinung sagen, ich fantaschiere. Darum muss es von der Völkergemeinschaft her kommen. Die Israelis werden nicht irgendwann morgens aufwachen und sagen: ‚Die Apartheid gefällt uns nicht mehr; wir wollen die Besatzung beenden.‘ So funktioniert das nicht. Das funktioniert nur, wenn die internationale Gemeinschaft sich an Israel und die Palästinenser wendet oder zunächst an die Israelis um zu sagen: ‚Genug ist genug! Jetzt ist es Zeit für eine Lösung. Stellt uns eine Lösung vor, aber wirklich eine machbare Lösung, und eine gerechte Lösung. Nicht nur aus moralischen Gründen: jede Lösung, die nicht gerecht ist, überlebt nicht, bleibt nicht. Wir haben alle möglichen Dinge versucht, aber es funktioniert nicht, es bleibt nicht.‘ Man braucht etwas, was grundlegend gerecht auch für die Palästinenser ist, sonst werden wir niemals sicher sein.“<sup>77</sup>

Am 13. November 2023 erschien in der Düsseldorfer „Rheinische Post“ ein Interview mit deutsch-amerikanischen Bestseller-Autorin Deborah Feldman<sup>78</sup> mit der Überschrift. „Die Hamas ist eine Ideologie, sie lässt sich nicht auslöschen“. Geführt wurde das Interview von Birgit Marschall.

Zu Beginn des Interviews kommt Marschall auf die Pogrome des 9. November 1938 zu sprechen und fragt Feldman, ob sie sich eine Wiederholung solcher Vorkommnisse in Deutschland in anderer Form vorstellen könne. Antwort: „Es ist für mich sehr gut vorstellbar, dass die Wut, der Frust, die Trauer, die Verzweiflung, die viele Menschen spüren, sich irgendwann auf den Straßen in Deutschland entladen. Denn viele Menschen haben das Gefühl, sich nicht mehr frei äußern zu dürfen. Die Politik, so ihr Eindruck, ignoriert ihre Meinungen und sagt den Menschen, was sie noch sagen dürfen.“ Dazu befragt, inwieweit Meinungen in Deutschland ihrer Ansicht nach unterdrückt würden, antwortet Feldman: „Ich denke zunächst an die vielen Juden, die hier leben und die sich nicht mit der israelischen Politik identifizieren. Wenn sie Israel kritisieren, darf das nicht sein. Ich meine auch viele Palästinenser und arabischstämmige Menschen, die das Gefühl haben, ihre Meinungen nicht frei äußern zu dürfen. Auch viele Deutsche fühlen sich mundtot gemacht. Sie erleben diesen Widerspruch: Ihnen wurde von klein auf beigebracht, dass sie sich gegen Rassismus und Gewalt

---

<sup>77</sup> Dieses Interview ist als gesonderter Clip abrufbar auf

<https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tagesthemen/video-1269928.html>

<sup>78</sup> Deborah Feldman wurde in New York geboren und wuchs in einer ultraorthodoxen jüdischen Gemeinschaft auf, der sie letztlich entfliehen konnte, und lebt seit 2014 in Berlin (vgl.

[https://de.wikipedia.org/wiki/Deborah\\_Feldman](https://de.wikipedia.org/wiki/Deborah_Feldman)

wenden müssen. Aber jetzt wird ihnen plötzlich gesagt: Deine moralischen Instinkte sind falsch, du darfst nicht auf sie hören.“ Auf die Frage, wie sie dies meine, erläutert sie; die Bundesregierung erzeuge derzeit eine Atmosphäre, in der es problematisch sei zu sagen, dass in Gaza auch unschuldige Zivilisten ums Leben kommen. Ihre „einseitige Loyalität mit der rechtsnationalen Regierung Israels“ werde selbst dort „kritisch gesehen“.

Zu den tieferen Gründen für den „verfestigten Antisemitismus in Deutschland“ befragt, antwortet Feldman: „Den Antisemitismus gibt es seit Jahrtausenden. Und seit vielen Jahrhunderten in Deutschland und Europa. Wir müssen den Mut haben uns endlich einzugestehen, dass wir den Antisemitismus vielleicht nie ganz loswerden. Nach der Nazi-Zeit gab es in Deutschland den verzweifelten Versuch, ihn ein für alle Mal zu tilgen. Der Antisemitismus ist hier mit ganz viel Leidenschaft bekämpft worden. Daraus ist dann aber kurioserweise ein unterdrückter Antisemitismus entstanden. Wir wollen ihn nicht sehen, ihn nicht spüren, nicht zugeben, dass er noch da ist. Deshalb verstecken wir ihn einfach. Und was hilft uns dabei? Wir stehen unverbrüchlich zu Israel und erklären seine Existenz sogar zur deutschen Staatsräson!“

Marschall kommt im weiteren Verlauf des Interviews auf die Tatsache zu sprechen, dass in Deutschland Kritik an Israel häufig mit Antisemitismus gleichgesetzt wird, und fragt Feldman nach den Gründen. In ihrer Antwort sieht Feldman „narzisstische Motive“ für die „deutsche Staatsräson“: „In Deutschland dient die uneingeschränkte Solidarität mit Israel als ein Freispruch vom Vorwurf des Antisemitismus. Wenn Israel aber Wege geht, die man eigentlich nicht mehr unterstützen dürfte, Israel also die Freispruch-Rolle nicht mehr so einfach spielen kann, sehen sich viele Deutsche bedroht in ihrer eigenen Abgrenzung vom Antisemitismus. Deshalb wollen sie es sich selbst und anderen nicht erlauben Israel zu kritisieren. Die Solidarität mit Israel, die deutsche Staatsräson sind also ein Selbstschutz. Sie hat narzisstische Motive.“ Auf Marschalls Einwand, die Gleichsetzung von Israel-Kritik und Antisemitismus werde „vor allem von jüdischer Seite unterstellt“, reagiert Feldman mit einer Gegenfrage: „Von welcher jüdischen Seite? Sie meinen die rechtskonservativen Jüdischen Gemeinden in Deutschland, die vom deutschen Staat finanziert werden? Die vertreten nicht die Meinung aller Juden in diesem Land.“

Auf die Garantie des Existenzrechts Israels als Teil der „deutschen Staatsräson“ angesprochen erklärt Feldman: „Die Staatsräson soll den Deutschen ihre Angst vor dem eigenen inneren Monster nehmen. Aber sie ist gleichbedeutend mit der Bereitschaft, gegenüber Israel blind zu sein. Sie sagt: Wir gucken nicht hin, was ihr mit den Palästinensern macht, wenn ihr nicht wollt, dass wir hinschauen. Die deutsche Politik läuft deshalb Gefahr, als nicht mehr eigenständig, sondern nur noch als Ableger von einem rechtsnationalen Israel wahrgenommen zu werden.“ Auf eine entsprechende

Frage hin wünscht sie sich von der deutschen Bundesregierung: „Dass sie diese psychologischen Mechanismen durchschaut und sich emanzipiert. Dass sie in der Lage ist, einerseits an der Seite Israels zu stehen, andererseits aber auch Israels Politik im Gaza-Krieg zu kritisieren. Ich bin genau dafür am Freitag in Berlin demonstrieren gegangen. Wir dürfen den kritischen Diskurs über Israel in Deutschland nicht abwürgen.“

Ihre These, die Hamas lasse sich nicht auslöschen, begründet Feldman wie folgt: „Sie ist eine Ideologie, die bestehen bleibt solange sie einen Nährboden hat. Und wenn die Hamas-Struktur zerstört werden sollte, dann kommt danach eine neue terroristische Organisation, die bereit wäre, Gaza zu kontrollieren. Du kriegst die Ideologie nicht aus den Köpfen heraus, wenn du nicht den Grund für den Hass entschärfst. Je mehr auch die Palästinenser in Freiheit, Sicherheit und Würde leben können, desto weniger Nahrung bekommt der Hass. Zur Zeit haben sie nahezu keine andere Möglichkeit, als sich dem Hass zu fügen.“

Zum Abschluss des Interviews kommt die Rede noch auf das Problem des (religiösen) Radikalismus. Befragt, was die auf einer Essener Demonstration laut gewordene Forderung nach der Errichtung eines Kalifats in Deutschland in ihr auslöse, antwortet Feldman: „Das ist unerträglich. Ich möchte Ihnen so antworten: Ein Freund von mir war in der israelischen Armee. Er hat versucht, sich zu erhängen, weil er es dort nicht mehr ausgehalten hat. Er glaubt, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis Israel ein Land ist wie der Iran, regiert nur noch von religiösen Eiferern. Für die sind wir säkulare Juden die allerschlimmsten Feinde. Mir wurde der Tod gewünscht, weil ich meine ultraorthodoxe Gemeinde verlassen habe.“ Auf Marschalls Frage, welchen Zusammenhang sie herstellen wolle, antwortet sie mit einem Plädoyer gegen Radikalismus jedweder Couleur und für die Menschenrechte: „Wir müssen anfangen zu verstehen, dass die Radikalen in Israel wie alle anderen Radikalen auf der Welt sind: Sie sind Feinde der Demokratie, der Freiheit, genauso wie die Islamisten, die hier ein Kalifat errichten wollen. Wir müssen uns gegen diese Fundamentalisten stellen, egal ob sie muslimisch, jüdisch, oder christlich sind. Wenn die Deutschen wirklich aus der Vergangenheit lernen wollen, dann müssen sie sich immer und immer wieder an den ersten Artikel des Grundgesetzes erinnern: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die Menschenrechte müssen überall für alle gelten.“<sup>79</sup>

---

<sup>79</sup> Das gesamte Interview finden Sie online auf [https://rp-online.de/politik/ausland/nahostkonflikt/interview-mit-deborah-feldman-die-hamas-laesst-sich-nicht-ausloeschen\\_aid-101327851](https://rp-online.de/politik/ausland/nahostkonflikt/interview-mit-deborah-feldman-die-hamas-laesst-sich-nicht-ausloeschen_aid-101327851). Mein ausdrücklicher Dank gilt meinem Freund Peter Flatten, der mich durch Überlassung des entsprechenden Artikels in analoger Form auf dieses Interview aufmerksam machte.

## Einschätzung und Appell

Mit dem Überfall der Hamas-Terroristen auf Israel vom 7. Oktober 2023 hat kein neuer Krieg begonnen. Wohl aber kann möglicherweise argumentiert werden, ein mindestens seit Jahrzehnten, eigentlich aber seit Jahrhunderten, im Grunde genommen bereits seit Jahrtausenden andauernder Konflikt sei in eine neue, eine schrecklichere, womöglich noch tödlichere Phase eingetreten. Die Schaffung des modernen Staates Israel erscheint in der Rückschau als Folge Jahrhunderte langen an Menschen jüdischen Glaubens begangenen Unrechts, gipfelnd in dem von den deutschen Nationalsozialisten begangenen Holocaust. Tragischerweise musste sich diese Kette des Unrechts mit der Schaffung dieses neuen Staates nahezu zwangsläufig fortsetzen, nicht zuletzt, weil mit ihr unversöhnlich scheinende religiöse Vorstellungen aufeinanderprallten. Konflikte wären wohl auch in jeder anderen Region entstanden, die die Weltgemeinschaft als eine neue Heimstatt für das Volk Israel auserkoren hätte: fraglich ist, ob sie die gleiche Intensität angenommen hätten wie die zwischen den Menschen jüdischen und muslimischen Glaubens.

Eine Lösung dieses Konflikts erscheint weiter entfernt denn je, mit den Entwicklungen seit dem 7. Oktober 2023 dürfte sie in noch weitere Ferne gerückt sein. Zwar wird von Politikern insbesondere der so genannten westlichen Welt (auch von deutschen) als einzig heilbringend die Zwei-Staaten-Lösung ins Feld geführt; alle diese Politiker bleiben jedoch die Erklärung schuldig, wie eine solche Lösung insbesondere angesichts der von Israel spätestens seit Mitte der 1990-er Jahre nicht zuletzt durch die Ausweitung des Siedlungsbaus im Westjordanland und die faktische Annexion Jerusalems (beides entgegen eindeutiger bindender Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats und unter Missachtung zahlreicher Resolutionen der UN-Generalversammlung) geschaffenen Fakten realistisch funktionieren soll. Zudem dürfte sie von einem großen Teil der israelischen und einem in seiner Größe nur sehr schwer zu schätzenden Teil der palästinensischen Bevölkerung nicht gewollt sein, und selbst dem Frieden verpflichtete Bürger Israels wie der in dieser Arbeit zitierte Journalist und Herausgeber Gideon Levy halten diese Idee für „tot“.

Dass Israel die unzweifelhaft mit dem Überfall der Hamas verbundenen Kriegsverbrechen bei seiner Reaktion mit ebensolchen beantwortet, macht die entstandene Situation ebenso wenig besser wie die Bereitschaft des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz, über diese geflissentlich hinwegzusehen.<sup>80</sup> Ob die Vielzahl der zivilen Opfer bei den Kampfhandlungen im Gazastreifen unter diesem Begriff zu subsumie-

---

<sup>80</sup> vgl. DW-Meldung vom 26.10.2023 über eine Scholz-Äußerung während des Gipfels der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union vom 26./27. Oktober 2023, online auf <https://www.dw.com/de/nahost-aktuell-scholz-bekr%C3%A4ftigt-unterst%C3%BCtzung-f%C3%BCr-israel/a-67217441>

ren ist, mag umstritten sein; die mehrwöchige komplette Abriegelung dieses Gebietes und der damit verbundene vollständige Stopp der Lieferungen von Lebensmitteln, Wasser und medizinischen Gütern ist jedoch in jedem Fall als Kriegsverbrechen zu qualifizieren. Und die wütenden Reaktionen Israels und einer womöglich etwas übereifrigen Redakteurin aus dem Springer-Verlag auf die Bemerkung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, der Hamas-Überfall auf Israel sei „nicht vom Himmel gefallen“, ändern weder etwas am Wahrheitsgehalt dieser Aussage<sup>81</sup> noch an der Qualifikation des Aussagenden für seinen Posten. Bedenklich stimmen muss dagegen die Beharrlichkeit, mit der sich Israel seit seiner Gründung immer wieder gewei- gert hat, die Autorität der Vereinten Nationen anzuerkennen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass gerade ihnen eine wichtige, wenn nicht gar entscheidende Rolle bei einer irgendwann anstehenden endgültigen Lösung dieses Konflikts zufallen könnte.

In meiner Vorbemerkung habe ich es bereits angedeutet, an dieser Stelle sei es noch einmal ausdrücklich betont: ich anerkenne die Schuld, die Deutschland durch die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes an Menschen jüdischen Glaubens auf sich geladen hat, und die hieraus ihm erwachsende Verpflichtung, für das Existenzrecht und die Sicherheit des Staates Israel und der in ihm lebenden Menschen nicht nur einzutreten, sondern auch Sorge zu tragen. Aber: Die beiden Staaten betrachten sich seit vielen Jahren als freundschaftlich miteinander verbunden, und die beiden derzeit amtierenden Staatsoberhäupter, Frank-Walter Steinmeier und Jitzchak Herzog, verbindet gar eine persönliche Freundschaft. Freundschaft bedeutet jedoch – soweit mir bekannt ist nicht nur nach meinem, sondern durchaus auch nach allgemeinem Verständnis – jedoch gerade *nicht*, jedes Verhalten des Freundes un- widersprochen selbst dann hinzunehmen, wenn es den eigenen (Wert-)Vorstellungen widerspricht oder wenn man als Freund zu der Auffassung gelangt, dass es dem so Handelnden eher zu seinem Nach- als zu seinem Vorteil gereichen wird. Die erwähn- te Bemerkung von Olaf Scholz während des EU-Gipfels vom 26./27. Oktober 2023, in der er sinngemäß erklärt, Israel sei ein demokratischer Staat und er habe keine Zweifel, dass die israelische Armee bei ihrem Vorgehen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte beachte, erscheint mir in diesem Zusammenhang – milde formuliert – als wenig hilfreich. Hier fühle ich mich in sehr wohlthuender Weise durch die Ausführungen von Deborah Feldman in dem in dieser Arbeit auszugsweise wie- dergegebenen RP-Interview unterstützt und bestätigt. Die deutsche Bundesregierung sollte sich hier vielleicht ein wenig mehr an der Regierung der USA orientieren, die immerhin als größter Unterstützer Israels weltweit gilt: nach dem erneuten Aufflam- men der Kämpfe im Gazastreifen am 1. Dezember 2023 (nach einer einwöchigen

---

<sup>81</sup> was auch durch diese Ausarbeitung belegt werden sollte

Waffenruhe, während der offenbar 105 der knapp 240 am 7. Oktober von Hamas und Islamischem Dschihad verschleppten Geiseln freigekommen sind) hat deren Außenminister Anthony Blinken immerhin aufgerufen dafür Sorge zu tragen, dass die Zahl der zivilen Opfer bei den neuerlichen Kampfhandlungen deutlich gegenüber der reduziert werde, die bei den vor der Waffenruhe stattgefundenen zu beklagen waren.

Bei aller in dieser Arbeit deutlich gewordenen Kritik an den verschiedenen Regierungen Israels muss aber auch betont werden, dass diese Kritik niemals Anlass für wie auch immer geartete Angriffe auf Menschen jüdischen Glaubens sein darf. Umgekehrt dürfen auch Menschen palästinensischer Herkunft nicht pauschal für die verbrecherischen Taten der Hamas und anderer in der Region aktiver Gruppen verantwortlich gemacht werden, die das Existenzrecht Israels bestreiten. Wer sich auf deutschem Boden aufhält, muss die deutschen Gesetze einhalten, um auch die mit ihnen verbundenen Rechte genießen zu dürfen. Der im Nahen Osten wütende und seit dem 7. Oktober 2023 noch einmal in schrecklicher Weise eskalierte Konflikt stellt für sich bereits eine erhebliche Gefährdung des Weltfriedens dar; er darf nicht zum Anlass genommen werden, die politische Stabilität auch in anderen Teilen der Welt zu gefährden. Wer dies in Deutschland versucht, sollte mit allen dort juristisch zur Verfügung stehenden Mitteln zur Verantwortung gezogen werden; andererseits dürfen nur befürchtete Verstöße gegen deutsche Gesetze nicht als Vorwand dafür dienen, etwa Demonstrationen für die Rechte und gegen die massive Gewaltanwendung gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza und den von Israel besetzten Gebieten bereits im Vorfeld zu verbieten.

## **Schlussbemerkung**

Acht Wochen nach dem Gewaltausbruch vom 7. Oktober 2023 schließe ich diese Arbeit ab. Nicht nur die zu ihrer Erstellung notwendigen sehr umfangreichen Recherchen, sondern auch anderweitig zu erfüllende Verpflichtungen und gesundheitliche Probleme haben eine schnellere Fertigstellung verhindert. Es mag sein, dass sich einige Leserinnen und Leser ein intensiveres Eingehen auf die Vorgänge seit dem Ausbruch dieser Kämpfe und insbesondere auf das auch aus meiner Sicht teils menschenrechtswidrige, in großen Teilen auch als menschenverachtend zu bezeichnende Handeln und Verhalten der israelischen Regierung und des ihre Anweisungen ausführenden Militärs gewünscht hätten. Doch darum ging es mir in dieser Arbeit allenfalls am Rande. Mir war wichtig zu verstehen (und meinen Leserinnen und Lesern ein Verständnis dafür zu vermitteln), welche Faktoren und Entwicklungen dazu führten, dass es zu einem so unfassbaren, unvorstellbaren Gewaltausbruch wie dem vom 7. Oktober 2023 kommen konnte. Die Ergebnisse dieser Bemühungen, die Sie

vorstehend nachlesen konnten, bestätigen in eindrucksvoller Weise die in dieser Arbeit erwähnten Äußerungen von UN-Generalsekretär António Guterres, dieser Angriff sei „nicht vom Himmel gefallen“. Ja, dieser Angriff der Hamas und viele ihrer Handlungen zuvor und in seiner Folge haben (zumindest mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit) nicht im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht und den Menschenrechten gestanden, und soweit dies der Fall ist, sind sie ohne Wenn und Aber aufs Schärfste zu verurteilen (was auch ich hiermit tue). Aber es muss auch erlaubt sein, Ursachen für diese Aktionen zu erforschen und zu benennen. Wenn bei einer solchen Untersuchung herauskommt, dass das Verhalten Israels seit seiner Staatsgründung in einer ganzen Reihe von Fällen nicht mit den von diesem Staat im Rahmen von internationalen Verträgen und Abkommen eingegangenen Verpflichtungen in Einklang zu bringen ist und sich die Regierungen dieses Staates wieder und wieder über Resolutionen der UN-Generalversammlung und sogar bindende Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates hinweggesetzt haben und dass dieses Verhalten diesen Gewaltausbruch zwar nicht verursacht hat, aber doch letztlich Teil einer Entwicklung gewesen ist, die zu ihm geführt hat, dann muss dies benannt werden dürfen. Wer dies als eine Form des Antisemitismus auffassen möchte, der möge dies tun; ich werde mir einen solchen Schuh jedoch keinesfalls anziehen.

Düsseldorf, den 3. Dezember 2023